

ANTIDISKRIMINIERUNG UND RECHTSEXTREMISMUSPRÄVENTION

- 02 AUS DEM BUNDESARBEITSKREIS ARBEIT UND LEBEN
- 03 AUS DER ARBEIT DER LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN
- 14 VERSCHIEDENES UND TERMINE

**WIR STEHEN FÜR EINE FREIE,
OFFENE, GEWALTFREIE UND
DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.**

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Themen Rechtsextremismusprävention und Antidiskriminierung sind brisant und aktueller denn je. Nationalistische Bewegungen holen Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung auch in die Mitte der Gesellschaft, formieren sich in Gruppierungen wie PEGIDA, richten sich gegen Flüchtlinge und Minderheiten in unserer Gesellschaft.

Für ARBEIT UND LEBEN zählen Bildungsangebote zur Rechtsextremismusprävention und zu Antidiskriminierung zum Kernprofil der Organisation. Wir tun dies, wie Theodor W. Adorno es formuliert hat, mit dem Ziel, „... etwas für eine Welt zu tun, in der man ohne Angst verschieden sein kann!“ Wir stehen für eine freie, offene, gewaltfreie und demokratische Gesellschaft.

Unsere Angebote setzen wir in Projekten aber auch als kontinuierliches Element in der Regelarbeit um. Die verschiedenen Veranstaltungen und Aktivitäten beschäftigen sich mit Phänomenen, wie z. B. Homophobie, Geschlechterdiskriminierung, Antimuslimischem Rassismus, Vorurteilen und Stereotypen, Abwertung gegenüber Obdachlosen oder Menschen mit Behinderung. Maßnahmen zur konkreten Rechtsextremismusprävention setzen wir im Kontext von Mobilen Beratungsteams, Antidiskriminierungsstellen, Opferberatung sowie zahlreichen Bildungsangeboten um.

Wir richten uns an Jugendliche und Erwachsene sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in diesem Feld. Mit dem Newsletter möchten wir gerne einen Einblick in unsere Arbeit geben und dazu anregen, sich intensiver mit Fragen von Rechtsextremismusprävention und Antidiskriminierung auseinander zu setzen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre



Bundesgeschäftsführerin
ARBEIT UND LEBEN



Qualifiziert :handeln!

BREIT AUFGESTELLT ... UND AUF DER HÖHE DER ZEIT!

Jens Schmidt, **ARBEIT UND LEBEN Hamburg**

Das bundesweite Fortbildungskonzept „breit aufgestellt!“ zur Prävention von Ungleichwertigkeitsvorstellungen hat der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung am Standort Hamburg bereits 2013 mit einem ersten Durchgang begonnen. Ansatz des Projekts ist es, extrem rechte Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft zu thematisieren und die Teilnehmenden zu qualifizieren, in ihren jeweiligen professionellen Handlungsfeldern präventiv dagegen vorzugehen. Dazu greift es mit dem Ansatz der Intersektionalität die einzelnen Ideologieklemente der extremen Rechten auf, bearbeitet deren Zusammenwirken und analysiert ihre Bedeutung für die Gesellschaft.

Während es 2013 noch erklärungsbedürftig erschien, warum Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus nicht allein auf die Behandlung von Symbolen, Strukturen und Parolen von Neonazis fokussieren darf, scheint es in den vergangenen Monaten leider deutlich geworden zu sein, warum Ungleichwertigkeitsvorstellungen vor allem auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus wirken:

In Escheburg bei Hamburg zündet ein Finanzbeamter eine Unterkunft für Geflüchtete an, um „etwas Gutes zu tun“; in Baden-Württemberg läuft seit Monaten eine homophobe Kampagne gegen den Plan für „Akzeptanz und gleiche Rechte“ dessen politisch und konzeptionell Verantwortliche werden massiv bedroht; mitten in einem mecklenburgischen Dorf prangt ein völkisches Wandgemälde: ein blonder Mann mit Frau und Kindern unter der Überschrift „Dorfgemeinschaft“ über der Parole „frei – sozial – national“; in einer hessischen Geflüchtetenunterkunft haben Unbekannte zwei Schweinekopfhälften und mehrere Schweineschwänze verteilt, an einer Wand fand sich der Schriftzug „Go home“.

In der Fortbildung werden unter Bezug auf das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit Sozialdarwinismus, Rassismus, Sexismus, Nationalismus, Antisemitismus und Antiziganismus thematisiert. Jedes Modul bezieht Theorie, Methodenkompetenz und Selbstreflexion ein.

Die Fortbildung dient dazu, analytisch und pädagogisch für Vielfalt, Antidiskriminierung und soziale Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft aktiv zu werden. Die Teilnehmenden werden bei der Durchführung eines Praxisprojekts in ihrem jeweiligen Handlungsfeld unterstützt, um damit die nachhaltige Integration der erarbeiteten Kompetenzen in ihre Tätigkeiten zu bewirken. So entstanden beispielsweise ein intersektionales Blogprojekt „lernengegenrechts.de“, Projekt-tage zum NSU, ein Fotoprojekt mit Geflüchteten oder Initiativen zu diskriminierungsfreier Sprache.

Der Erfolg von „breit aufgestellt“ liegt vor allem auch in der Projektanlage begründet: Die Zusammenarbeit im Kontext des Fortbildungskonzepts „Qualifiziert handeln“ sowohl in der unmittelbaren Kooperation mit dem zuständigen Fachbereich der Bundeszentrale für politische Bildung als auch im wissenschaftlichen Beirat mit den Fachhochschulen Düsseldorf und Koblenz ist eine neue Form der Kooperation, die einen intensiven und produktiven Austausch ermöglicht. Der nächste Durchgang startet im März 2016.

Weitere Informationen erhalten Sie unter:

www.hamburg.arbeitundleben.de/pb/breitaufgestellt,
www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/175374/qualifiziert-handeln und
www.arbeitundleben.de/projekte/laufende-projekte/item/breit-aufgestellt-2





Flucht und Asyl

FAKTEN STATT POPULISMUS

Stefan Grande, **ARBEIT UND LEBEN** Sachsen

Asyl, Integration, Zuwanderung – in Diskussionen werden diese Begriffe häufig vermischt, Meinungen darüber werden oftmals auf Basis sehr unvollständiger Informationen gebildet bzw. auf falschen Annahmen begründet und sind nicht selten von Vorurteilen durchdrungen. Politische Bildung muss über diese Themen aufklären und zur fundierten Diskussion auffordern. Ein wichtiger Ort für die reflektierte Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen ist der Arbeitsplatz. Für Jugendliche und junge Erwachsene stellt der Arbeits- oder Ausbildungsplatz einen Zugang zur Gesellschaft der Erwachsenen dar.

Hier knüpft das Projekt „Fakten statt Populismus“ an und setzt sich mit der spezifischen Diskussionskultur in Unternehmensbelegschaften auseinander. Zunächst wurde ein Argumentationsleitfaden entwickelt, der die gängigsten Vorurteile zu den im Fokus stehenden Themen Flucht und Asyl aufgreift und diese einer Faktenanalyse unterzieht. Gemeinsam mit einem Film, der ein Bild vom Leben geflüchteter

Menschen in Sachsen zeichnet, bildet der Argumentationsleitfaden die Grundlage für Workshops, welche sich modulhaft mit den Themen Zuwanderung, Flucht und Fluchtursachen, Asyl und Integration ebenso beschäftigen, wie mit Kritik an Politik und Medien, latentem Rassismus und Möglichkeiten von zivilgesellschaftlichem Engagement in Betrieb und persönlichem Umfeld. Die Module werden von Expertinnen und Experten gemeinsam mit Menschen aus der Praxis entwickelt und getestet, um einen Einsatz in Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen zu ermöglichen. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die in Betrieben Zugang zu Auszubildenden haben, werden durch Schulungen unterstützt, die Workshopmodule einzusetzen.

Das Projekt des Bundesarbeitskreises AL, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung, wird modellhaft durch AL Sachsen in den sächsischen Regionen gemeinsam mit der DGB-Jugend Sachsen umgesetzt.

AUS DER ARBEIT DER LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN ARBEIT UND LEBEN



Ethnic bzw. Racial Profiling

ETHNISCHES PROFILING: Angemessenes Instrument der Polizeiarbeit?

Willi Derbogen, **ARBEIT UND LEBEN** Bremen

Der UN-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung und die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz definieren „Ethnic bzw. Racial Profiling“ als verdachtsunabhängige Personenkontrollen, die an äußerliche und somit diskriminierende Zuschreibungen anknüpfen. Dabei käme es nicht darauf an, welche Gründe Polizistinnen und Polizisten für die Durchführung von Kontrollen angeben würden. Aus-

schlaggebend sei vielmehr, ob entsprechende Kontrollen auch ohne Bezug auf äußerliche Merkmale wie Haut- oder Haarfarbe stattgefunden hätten. Bei der Polizei Bremen hat man sich dieser Thematik bereits im Dezember 2012 angenommen und zusammen mit AL Bremen, dem Bremer Rat für Integration, dem Institut Français und dem Kulturzentrum Lagerhaus einen Fachtag unter dem Titel „Halt Polizei! Ethnisches Profiling im Spannungsfeld des Gleichbehand-

Vielfalt leben

lungsgrundsatzes“ ausgerichtet. Seitdem hat sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Ethnic/Racial Profiling erheblich zugespitzt. So waren in Deutschland allein im Mai 2015 zehn Verfahren von Betroffenen vor Verwaltungsgerichten noch nicht entschieden. Zielsetzung des 2. Bremer Fachtages zu Ethnischem Profiling Ende September war es, die Debatte zu intensivieren und zu fokussieren, was die deutsche Polizei von polizeilichem Handeln in den Nachbarländern lernen kann.

Diese Veranstaltung wurde von der Polizei Bremen und dem Projekt Antidiskriminierung in der Arbeitswelt (ADA) von AL Bremen (im Rahmen des IQ Landesnetzwerkes Bremen) in Kooperation mit der Gewerkschaft der Polizei Bremen, dem Bremer Rat für Integration und der Senatskanzlei / Referat Integrationspolitik der Freien Hansestadt Bremen organisiert und durchgeführt.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.ada-bremen.de



EMPOWER – Beratung, Solidarität und Unterstützung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Nissar Gardi, **ARBEIT UND LEBEN Hamburg**

Die Nachrichten von zahllosen Ehrenamtlichen, die sich engagiert für in Deutschland ankommende Geflüchtete einsetzen, und kurze Momente von bundespolitisch geöffneten Grenzen ließen zuletzt das medial massiv verbreitete Bild einer vermeintlich vorbildlichen „Willkommenskultur“ entstehen. Schnell in den Hintergrund gerieten dabei die Angriffe und Anschläge, die flächendeckend in ganz Deutschland stattfanden und -finden. Rassistische und antisemitisch motivierte Gewalt ist in Deutschland weiterhin allgegenwärtig. Die Anzahl der von unabhängigen bundesweiten Beratungsstellen verzeichneten Anschläge und Bedrohungen liegt in den ersten sechs Monaten im Jahr 2015 auf dem Niveau des gesamten Vorjahres. Vieles deutet darauf hin, dass in den kommenden Monaten die Welle der Angriffe und Bedrohungen weiterhin zunehmen wird.

Vor diesem Hintergrund arbeitet die Beratungsstelle im Zusammenhang mit rechter Gewalt, die sich auf körperlicher, struktureller oder symbolischer Ebene äußert und wird bei rassistischen oder antisemitischen Übergriffen genauso aktiv wie im Fall von sogenanntem Antiziganismus oder antimuslimischem Rassismus. Das Projekt *empower* hat in diesem Jahr seine Arbeit aufgenommen. Die sich bereits in den ersten Monaten ergebenden hohen Fallzahlen machen den Bedarf von entsprechenden Beratungseinrichtungen auch in westdeutschen Bundesländern überaus deutlich.

Expertinnen und Experten weisen – ohne großes Gehör zu finden – seit Jahren darauf hin, dass die offiziellen Fallzahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik oder die Angaben der Verfassungsschutzbehörden für den Bereich ein kaum realistisches Bild geben, da die Betroffenen von rechten Gewaltstrukturen oder rassistischen Gewalttaten sich in einer Vielzahl von Konstellationen und aus einer Menge denkbarer

Gleichzeitig werden rechte oder rassistische Dimensionen von Fällen häufig nicht erkannt oder ausgeblendet.

struktureller und individueller Gründe niemals den entsprechenden Behörden offenbaren (würden). Gleichzeitig werden rechte oder rassistische Dimensionen von Fällen häufig nicht erkannt oder ausgeblendet.

Die Beratungsarbeit von *empower* versucht daher Zugänge zu communities zu entwickeln, und richtet sich an Betroffene und auch deren Angehörige oder Zeuginnen und Zeugen eines Angriffs oder einer Bedrohung. Neben der emotionalen Unterstützung nach einem Angriff oder einer Bedrohung umfasst die Beratung verschiedene Bereiche: beispielsweise Entscheidungshilfen zum weiteren Vorgehen, Hinweise zu juristischen Möglichkeiten, Unterstützung bei der Suche nach Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Begleitung zu Behörden, Polizei und Gericht, Vermittlung von therapeutischen und ärztlichen Angeboten oder Beratung über finan-

zielle Unterstützung. Die Beratungen sind vertraulich und parteilich, kostenlos und vor Ort, unabhängig von Behörden und auf Wunsch anonym.

Teil der Projektarbeit ist die Recherche zu Vorfällen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, deren Auswertung, Dokumentation und Monitoring. Auch Bildungsarbeit gehört zu den Aufgaben des Projekts. *empower* ist Mitglied im Hamburger Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und vernetzt mit anderen Beratungseinrichtungen, zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und politischen Initiativen auf lokaler und überregionaler Ebene. Das Projekt von AL Hamburg wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Freie und Hansestadt Hamburg gefördert.

MOBILE BERATUNG GEGEN (EXTREM) RECHTE EINSTELLUNGEN UND STRUKTUREN – sieben Jahre erfolgreiche Praxis in Hamburg

Katharina Höfel, Jens Schmidt,

ARBEIT UND LEBEN Hamburg

Das „Themenfeld Rechtsextremismus“ ist oftmals geprägt durch rechte Einstellungen und Strukturen in der Mitte der Gesellschaft:

Einem Fußballverein wird die Information zugespielt, dass seine Jugendtrainerin seit Jahren in der (extrem) rechten Szene Hamburgs aktiv ist – an Demonstrationen teilnimmt, an Informationsständen der NPD Flyer verteilt, Schulungen organisiert – was tun? Sie entlassen – ist das rechtlich überhaupt möglich? Die Jugendlichen und ihre Eltern über das Engagement der Trainerin informieren – leidet dann nicht das Image des Vereins, der sich ohnehin schwer tut neue Mitglieder zu gewinnen?

In einem Hamburger Stadtteil eröffnet ein Geschäft, das Kleidung der bei Rechten beliebten Marke „Thor Steinar“ verkauft – vor Ort formiert sich Protest, Anwohnerinnen und Anwohner halten eine spontane Kundgebung vor dem Laden ab. Mitarbeitende provozieren derweil mit rechten Parolen, machen Fotos von den Teilnehmenden der Kundge-



bung und notieren Autokennzeichen – dürfen die das? Muss da nicht die Polizei einschreiten? Wie kann ich Zivilcourage zeigen und mich gleichzeitig schützen? Welche Erfahrungen haben andere Orte gesammelt, welche Aktionen haben Erfolge gezeitigt, welche waren ein Flop?

Im Kleingartenverein weht eine Reichkriegsflagge. Rechtlich, so sagt die Polizei, gehe das in Ordnung. Die Pächterinnen und Pächter sind sich uneins: Privatsache, sagen die einen. Ein politisches Statement und ein Affront gegen alle (vermeintlich) nicht-deutschen Pächterinnen und Pächter, die anderen. Der Vorstand sieht die Idylle in Gefahr und weiß nicht, was tun.

„Das gestärkte Gefühl, nicht ohnmächtig dazustehen, wenn das Thema wieder auf uns zukommt, ist allein schon die Beratung wert gewesen“

Die Fragen, Unsicherheiten und Ängste, die in der Konfrontation mit den Themen Extreme Rechte, Rassismus und Antisemitismus entstehen können, sind so vielfältig wie die Bereiche, in denen sie einem begegnen können – das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg (MTB) ist seit 2008 sowohl für Einzelpersonen als auch Institutionen und Organisationen ansprechbar, um in der Auseinandersetzung zu unterstützen. Es stellt keine holzschnittartigen Lösungen zur Verfügung, sondern hilft den Ratsuchenden, die vorhandene Situation zu analysieren und eine passende, individuelle Lösung zu finden und umzusetzen. Einzelberatungen, Fortbildungen, Runde Tische, umfassende Recherchen, Workshops, öffentliche Veranstaltungen, Konfliktmoderationen – in Rücksprache mit den Ratsuchenden können ganz unterschiedliche Wege zu einer gemeinsamen Lösung führen. Dem Selbstverständnis des MBT Hamburg nach, geht es um eine lösungs- und ressourcenorientierte Beratung, um niedrigschwellige Angebote und um einen moderierenden Ansatz, der bewusst auf Polarisierungen und Konfrontationen verzichtet, gleichzeitig aber eine Parteinahme für Minderheiten und von Ausschluss bedrohte Gruppen einschließt. Die Begleitung durch das MBT Hamburg erfolgt anonym und kostenlos, Beratene erleben sie als Entlastung: „Das gestärkte Gefühl, nicht ohnmächtig dazustehen, wenn das Thema wieder auf uns zukommt, ist allein

schon die Beratung wert gewesen“, „Ich bedanke mich sehr herzlich für die schnelle und kompetente Beratung – emotional war es eine erhebliche Entlastung für mich.“ Damit ist eines der wichtigsten Ziele des MBT Hamburg erreicht, das es auch mit seiner umfassenden Öffentlichkeitsarbeit verfolgt – das individuelle und zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts zu unterstützen.

Zudem hat das MBT in den vergangenen Jahren seine Beratungsarbeit durch die Publikation vielfältiger Broschüren unterfüttert, wie z.B. die Broschüre „Umkämpfte Räume. (Extrem) Rechte Strukturen in Hamburg und das zivilgesellschaftliche Gegenengagement“ und die in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Monitoring-Berichte.

Alle Materialien des MBT Hamburg stehen unter www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de zum Download bereit.

Das MTB Hamburg ist ein Projekt von AL Hamburg und der DGB-Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.

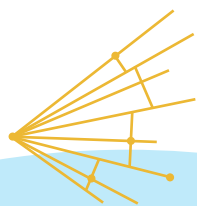
BILAN – Bildungsinitiative Lernen aus dem NSU

Lena Kögler, Susann Thiel, **ARBEIT UND LEBEN** Hessen

Die Bildungsinitiative Lernen aus dem NSU (BiLaN) ist im Rahmen der Fortbildung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Rechtsextremismusprävention „breit aufgestellt“ entstanden. Seit 2014 führen die Initiatorinnen den Projekttag „Lernen aus dem NSU – aktiv gegen Rassismus und Neonazismus“ mit Jugendlichen in Berlin und Hessen durch. Am Beispiel des „Nationalsozialistischen Untergrund“ wird der Struktur und den Verbrechen des Terrornetzwerks nachgegangen, aber auch die Rolle von Staat und Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang kritisch beleuchtet. Im Zentrum steht die Auseinandersetzung mit Rassismus und Neonazismus. Dass eine Organisation wie der



NSU entstehen konnte zeigt einmal mehr, wie wichtig die Auseinandersetzung mit diesen Kategorien auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist. Die Teilnehmenden der Projekttag werden ermutigt und gestärkt, sich in ihrem Alltag couragiert gegen menschenverachtende Einstellungen zu stellen.



Die Teilnehmenden der Projektstage werden ermutigt und gestärkt, sich in ihrem Alltag couragiert gegen menschenverachtende Einstellungen zu stellen

Nach einigen erfolgreichen Praxistests der Projektstage haben die Initiatorinnen das Projekt im Jahr 2015 selbstständig fortgeführt: BiLaN hat inzwischen regionale Arbeitsgruppen in Süd- und Nordhessen sowie in Berlin gegründet und in diesem Jahr bereits insgesamt 10 Projektstage mit Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren durchgeführt. Die Projektstage finden in Kooperation mit AL Hessen und Berlin sowie dem Bildungskollektiv kopfstand e.V. statt.

Der Projekttag wird fortlaufend weiterentwickelt und soll einen Beitrag zu einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rassismus leisten. Die Teilnehmenden werden daher in einem Wechsel aus kurzen Inputs und interaktiven Methoden der politischen Jugendbildungsarbeit vor allem auch zum Austausch miteinander sowie zur Reflexion der eigenen Eingebundenheit in gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse angeregt.

Je nach Bedarfen und Präferenzen der Teilnehmenden können zudem unterschiedliche aktuelle Themenschwerpunkte gesetzt werden, wie z. B. Frauen und Neonazismus, Perspektive der Angehörigen der Mordopfer und der Opfer der Anschläge oder NSU: Ereignisse mit lokalem Fokus.

Durch gezielte Teilnehmenden-Akquise soll die Arbeit im kommenden Jahr fortgeführt und intensiviert werden. Von AL Hessen sind in dem Zusammenhang außerdem Abendveranstaltungen zum Thema „NSU“ in Frankfurt und Kassel, sowie ein Bildungsurlaub mit Auszubildenden geplant.



ARBEITSSTELLE RECHTSEXTREMISMUS UND GEWALT BRAUNSCHWEIG (ARUG)

Caroline Paeßens, Zentrum Demokratische Bildung Wolfsburg (ZDB)

Seit 1994 hat die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt einen besonderen Schwerpunkt im Bereich politischer Bildung und ist seit 1999 eine eigenständige Abteilung der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen Ost gGmbH.

Das Zentrum Demokratische Bildung (ZDB) in Wolfsburg ist 2011 durch die Förderung des Bundesprogramms „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“ als zweiter Standort der ARUG hinzugekommen.

Eine von Rechtsextremisten anvisierte Immobilie erhielt durch die Stadt Wolfsburg ein neues, bundesweit modellhaftes Nutzungskonzept: Politische Bildung als demokratiefördernde Ressource. Im Mittelpunkt stehen die Entwicklung bzw. der Einsatz von Konzepten der Demokratie- und Anerkennungspädagogik, Menschenrechtsbildung, die Ausbildung von Demokratielotsen und Peer Education. Die Intention besteht darin, die politische Bildungsarbeit vom



Ausgangspunkt „gegen Rechtsextremismus“ zur Position „PRO Demokratie“ zu entwickeln.

Durch Bildungsangebote, Ausstiegshilfe, Präventionskonzepte, Informationsveranstaltungen, Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen, Beratungsangebote u.a. werden Menschen aller Altersstufen in ihrer demokratischen Teilhabe gestärkt und so die Demokratieentwicklung gefördert.

Der Anspruch des ZDB ist es, in Bezug auf aktuelle rechtsextreme Strömungen, Parteien und Organisationen immer auf dem neuesten Stand zu sein, um den Aufgaben gerecht zu werden. Bei rechtsextremen Demonstrationen vor Ort zu sein oder im Internet rechtsextreme Seiten zu beobachten, gehört deswegen genauso zur Arbeit, wie diese Informationen für die Präventionsarbeit in Schulklassen oder für die Erwachsenenbildung aufzuarbeiten und zielgruppengerecht zu vermitteln.



Durch das umfangreiche Wissen über die rechtsextreme Szene und ihre Strategien können Kommunen, besorgte Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und Engagierte mit einer professionellen und vertraulichen Beratung bei der Bearbeitung der Problemlagen mit rechtsaffinen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen unterstützt werden.

Mit weit über 20.000 Materialien bietet das Archiv des ZDB einen immensen Fundus aus aktueller Literatur, Primärquellen aus dem „Dritten Reich“, sowie Kleidung, Fanzines und andere szenetypische Gegenstände.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.zdb-wolfsburg.de/

PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE Lokale Koordinierungs- und Fachstelle für die Stadt Weiden

Herbert Schmid, ARBEIT UND LEBEN Bayern

Seit Beginn des Jahres 2015 läuft das neue Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. In 218 Kommunen gibt es eine „Partnerschaft für Demokratie“.

Die externe lokale Koordinierungs- und Fachstelle für die Stadt Weiden hat AL Bayern übertragen bekommen. Zusammen mit der kommunalen Verwaltung werden die Mittel für Mikroprojekte verwaltet, Antragsteller bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Projektideen begleitet und die Öffentlichkeitsarbeit für das Netzwerk betreut. Wie bei den Mo-

dellprojekten für den ländlichen Raum stehen Projektmittel zur Verfügung, um demokratische Prozesse und Prinzipien einzuüben und Menschen für das Phänomen „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ in Form von Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit oder Homophobie zu sensibilisieren und Gegenkräfte zu aktivieren.

Weitere Informationen und Beratung erhalten Sie bei Herbert Schmid, Telefon 0961/634577-05 oder per E-Mail an bildung@bayern.arbeitundleben.de

ARBEIT UND LEBEN NRW FÜLLT „PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE“ IN AACHEN MIT LEBEN

Dominik Clemens, Alexander Oberdieck, **ARBEIT UND LEBEN Nordrhein-Westfalen**

Seit Anfang 2015 setzt AL NRW die lokale „Partnerschaft für Demokratie“ in Aachen als Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ um. Die hierzu in enger Kooperation mit der Volkshochschule Aachen eingerichtete Fach- und Koordinierungsstelle steuert die örtliche Umsetzung des Programms, berät zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, leistet Netzwerkarbeit und hält Weiterbildungsangebote im Themenfeld bereit. Kernanliegen des Programms ist die Förderung zivilen Engagements und demokratischen Verhaltens. AL NRW setzt mit der lokalen „Partnerschaft für De-

mokratie“ die bewährte Arbeit aus dem Vorgängerprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ fort. Von Mitte 2011 bis Ende 2014 konnten so in Aachen bereits über 50 Einzelprojekte und -vorhaben mit örtlichen Partnern umgesetzt werden. Mit mehr als 11.000 erreichten Teilnehmenden konnte ein wichtiger Beitrag für die Sensibilisierung und Aktivierung der Aachener Stadtgesellschaft und die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Tendenzen – insbesondere Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – geleistet werden. Die „Partnerschaft für Demokratie“ wird zunächst bis Ende 2019 gefördert.

TOOLBOX X – WORKSHOPS ERREICHEN SEIT 2010 MEHR ALS 1.000 JUGENDLICHE

Dorothee Hildebrandt, Alexander Oberdieck, **ARBEIT UND LEBEN Nordrhein-Westfalen**

Rassistische und völkisch-nationalistische Weltbilder sind ein Problem unserer Gegenwart. Menschenverachtende Einstellungen sind dabei keine Randphänomene. Die Toolbox X Angebote sind als Reaktion auf einen Anstieg extrem rechter Tendenzen im Großraum Ostwestfalen-Lippe entwickelt worden. Das Konzept richtet sich dabei zum einen als Präventionsangebot an junge Menschen und zum anderen an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren die inhaltlich zur Thematik weitergebildet werden. Bei der Toolbox X handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt von verschiedenen Institutionen, die an der permanenten Weiterentwicklung der Angebote beteiligt sind. Federführend sind dabei AL Bielefeld und der Bielefelder Verein für Demokratisches Handeln e.V. Die Seminare der Toolbox leben von einem Pool von gut qualifizierten Teamerinnen und Teamern sowie einer ständigen Aktualisierung der Inhalte. Weiterhin werden die Seminare z. B. für Schulklassen angepasst, um der Gruppe ein „maßgeschneidertes“ Seminar anbieten zu können. Die Spannweite reicht dabei von Parteien und Gruppie-



rungen der extremen Rechten über das Thema Fußball und Rassismus bis hin zu der Frage: wo beginnt eigentlich Rassismus? Die Qualität der Arbeit hat sich dabei herumgesprochen, so dass Toolbox X Seminare bereits bundesweit durchgeführt wurden. Seit 2010 konnten an die 1.000 Jugendliche erreicht und über 150 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren qualifiziert werden.



MIT DEM ANTI-BIAS-ANSATZ STARK GEGEN DISKRIMINIERUNG IM ÜBERGANG SCHULE-BERUF

Maria Wigbers, Alexander Oberdieck,
ARBEIT UND LEBEN Nordrhein-Westfalen

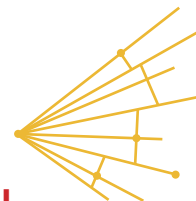
Sich gegen Diskriminierung stellen – das ist das Ziel der Jugendarbeit mit dem Anti-Bias-Ansatz. Die dreiteilige Reihe „Berufsstart ohne Vorurteile“ richtet sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren die Jugendliche im Übergang Schule-Beruf gegen Diskriminierung stärken und wird seit 2014 von AL NRW angeboten. Das englische Wort „bias“ bedeutet Voreingenommenheit oder Schieflagen und der Ansatz richtet den Blick auf individuelle Vorurteile und zugleich auf gesellschaftliche Strukturen oder Schieflagen, die dazu beitragen, dass systematische Benachteiligungen aufrechterhalten werden. Ziel ist es, z.B. Benachteiligungen aufgrund der sozialen oder kulturellen Herkunft bei der Jobsuche entgegenzuwirken. Denn insbesondere Jugendliche im Übergang

zwischen Schule und Beruf befinden sich in einer prekären Lage, in der sie stark von den Bewertungen anderer abhängen. Gefördert wird die Seminarreihe durch die Bundeszentrale für politische Bildung und den Europäischen Sozialfonds.

Methoden aus dem Anti-Bias-Ansatz werden darüber hinaus im Begleitangebot zu der Comic-Ausstellung „Wandern zwischen den Welten“ eingesetzt, in der Migrationsgeschichten nachgezeichnet werden. Unter anderem wurde in diesem Zusammenhang ein Workshop mit Flüchtlingen durchgeführt:

www.aulnrw.de/de/hauptmenu/jugendbildung/politische-bildung-in-aktion/wandern-zwischen-den-welten/

VORURTEILE ABBAUEN – RASSISMUS BEKÄMPFEN IKKÖ – Von Interkultureller Kompetenzentwicklung zur Interkulturellen Öffnung für Arbeitsverwaltung und KMU



Luciano Becht, Doris Hormel, Sibel Soyer,
ARBEIT UND LEBEN Rheinland-Pfalz

Hinter dem etwas sperrig scheinenden Titel verbirgt sich ein konkretes Projekt, in dem ein von AL RLP speziell entwickeltes Dreistufenmodell für Mitarbeitende von Jobcentern und Arbeitsagenturen zur Anwendung gelangt. Ziel ist es, Akteurinnen und Akteure der Arbeitsverwaltung, aber auch Personalverantwortliche und Geschäftsführende kleiner und mittlerer Unternehmen in ihrer täglichen Arbeit und Personalpolitik mit Migrantinnen und Migranten zu unterstützen. AL RLP will damit für die Belange dieser Zielgruppe sensibilisieren, interkulturelle Kompetenzen erweitern und interkulturelle Öffnungsprozesse unterstützen. Hierzu werden informative Grundlagenschulungen durchgeführt, Teilnehmende gecoacht und mit den Beteiligten gemeinsam Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet, die sich untereinander vernetzen, nachhaltig die Themen Interkulturalität und Diversity in ihren Häusern verankern und als Anlaufstelle für Kolleginnen und Kollegen sowie Vorgesetzte

fungieren. Stets mit dem Ziel, Vorurteile abzubauen, Rassismus vorzubeugen, Schubladendenken entgegen zu wirken, Empathie zu fördern und die beteiligten Institutionen und Unternehmen in ihren Öffnungs- und Veränderungsprozessen zu begleiten und zu stärken. In den ersten beiden Projektjahren nahmen mehr als 300 Personen an den Schulungen und Trainings teil.

In den kommenden Projektjahren soll der Beteiligtenkreis erheblich vergrößert werden und damit einen wesentlichen Beitrag für ein demokratisches Gemeinwesen leisten!

Eingebettet ist IKKÖ im bundesweiten Förderprogramm Integration durch Qualifikation (IQ), das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Europäischen Sozialfonds gefördert wird, in enger Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Bundesagentur für Arbeit.

„DISA – Demokratie und Integration in Sachsen-Anhalt“

Katrin Meier, **ARBEIT UND LEBEN
Sachsen-Anhalt**

AL Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren mit verschiedenen Projekten und Bildungsangeboten im Fachbereich Politische Bildung Expertise in den Themenfeldern Antidiskriminierung und Rechtsextremismusprävention aufbauen können. Schwerpunkte bilden dabei Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte, Jugendbildungsseminare, die Umsetzung von Projekten in der politischen Bildung und die Arbeit in Netzwerken (z. B. BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus).

Das Projekt DISA setzt auf die Arbeit mit Kindern im Vor- und Grundschulalter und deren pädagogischem Umfeld, zu den Themen Umgang mit Vielfalt und Demokratieförderung. Zudem gibt es im Burgenlandkreis, dem hauptsächlichen Wirkungsbereich des Projektes, bei den Pädagoginnen und Pädagogen in Kitas, Horten und Grundschulen einen Bedarf nach langfristiger Begleitung und Qualifizierung, den das Projekt DISA bedient.

DISA reagiert auf gesellschaftliche Entwicklungen wie Demokratiemüdigkeit



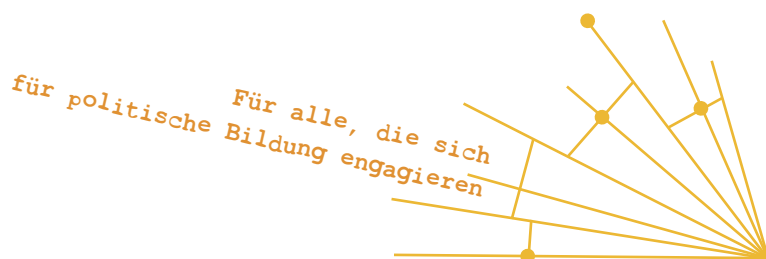


Ziel ist es, den respektvollen Umgang mit Unterschieden zwischen Menschen zu fördern

und bestehende Ausgrenzungsphänomene und kommt mit seinem Projektstart Mai 2015 zur richtigen Zeit, um die Herausforderungen von pädagogischen Einrichtungen zur Interkulturellen Öffnung und zur Integration von Kindern geflüchteter Eltern in den institutionellen Alltag von Kitas, Horten und Grundschulen zu begleiten. Ziel ist es, den respektvollen Umgang mit Unterschieden zwischen Menschen zu fördern, aber auch mögliche Bildungsungleichheiten viel stärker als bisher zum Thema zu machen.

Die Einrichtungen können zu Beginn des Projektes wählen, wie intensiv sie zu den Themen Demokratie und Vielfalt arbeiten möchten. Eine Einrichtung kann einzelne Sensibilisierungs- oder Fortbildungsbausteine sowie Kinderprojekttage buchen. Eine zweite Möglichkeit ist die langfristige Prozessbegleitung mit integrierten Fortbildungsmodulen. Im Verlauf des Projekts entwickeln sich zudem sechs Einrichtungen zu Modelleinrichtungen, die auch nach Projektende 2019 für andere Einrichtungen Hospitationen anbieten, mit dem Ziel, Erfahrungen und Best-Practice-Ansätze auszutauschen. In Kooperation mit der Hochschule Magdeburg-Stendal ist eine Professionalisierung der Handlungsansätze geplant.

VERSCHIEDENES UND TERMINE



DIE NEUE REIHE NON-FORMALE POLITISCHE BILDUNG IST DA!

Sie richtet sich an Akteurinnen und Akteure aus der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, aus der Politik, aus der Verwaltung und an alle, die sich für politische Bildung engagieren. Die Verleger des Wochenschau Verlags – immer schon engagiert für politische Bildung – haben zusammen mit Autorinnen und Autoren des Hauses einen Ort geschaffen, der Publikationen zur non-formalen politischen Bildung

eine eigene Plattform bietet. Die ersten Bände der Reihe können nun präsentiert werden.

Weitere Informationen sowie Bestellmöglichkeiten erhalten Sie unter www.wochenschau-verlag.de/jugend-und-erwachsenenbildung/reihe-non-formale-politische-bildung.html

POLITISCHE UND SOZIALE TEILHABE VON GEFLÜCHTETEN?

Termin auf Anfrage, ARBEIT UND LEBEN Thüringen

In diesem Tagesseminar werden wir den Status quo der politischen Debatte um Flucht und Migration in der bundesdeutschen Gesellschaft beleuchten. Dabei wird ebenso eine Auseinandersetzung mit den daraus resultierenden Integra-

tionsmodellen, sowie diesbezüglichen Vorstellungen von Inklusion in der Gesellschaft folgen. Im Fokus steht dabei die Frage, inwieweit diese nicht allzu oft auf Assimilation abzielen, als dass Flüchtlinge einen Rahmen für ein selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft vorfinden.



„EUROPA GESTALTEN – POLITISCHE BILDUNG IN AKTION“ ARBEIT UND LEBEN Bayern begrüßt neue Stipendiatin

AL Bayern freut sich, im Oktober 2015 eine Stipendiatin des durch die Bundeszentrale für politische Bildung und die Robert Bosch Stiftung getragenen Programms „Europa gestalten – politische Bildung in Aktion“ zu begrüßen. Als erfahrene Mitarbeiterin der Paidai Foundation in Sofia, Bulgarien, bringt Antonia Smokova umfangreiche Erfahrungen in der politischen Jugendbildung mit. Frau Smokova möchte während ihres dreimonatigen Aufenthaltes ein Projekt in der Flüchtlingsarbeit entwickeln und die Tätigkeiten von Arbeit und Leben als Koordinierungsstelle des Programmes Demokratie Leben kennenlernen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung und die Robert Bosch Stiftung vergeben 2015/2016 zum achten Mal im Rah-

men des Programms „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“ Stipendien an junge Fachkräfte der politischen Bildung aus Bulgarien, Estland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, der Türkei, Ungarn und Zypern. Bis zu 16 Stipendiatinnen und Stipendiaten werden eingeladen, an einer deutschen Bildungseinrichtung zu hospitieren. Ziel des Programms ist es, den Austausch und die Vernetzung der politischen Bildung in Europa zu fördern.

Weitere Stipendiatinnen und Stipendiaten des Programms verbringen ihren Stipendienaufenthalt bei AL Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen.

DER LANGE WEG NACH EUROPA

11.03. – 13.03.2016, **ARBEIT UND LEBEN Bremen**

Immer mehr Flüchtlinge finden den Weg nach Deutschland, in der Hoffnung auf Unterstützung, Schutz und Sicherheit. In diesen Seminaren liegt der Fokus auf den gemachten Erfahrungen zwischen verschiedenen Kulturen sowie dem Erleben von Ausgrenzung und Diskriminierung. Wie leben heute junge Flüchtlinge in Deutschland und welche Perspektiven

haben sie? Unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen bewegen sie sich?

Wir setzen uns mit Vorurteilen und den Themen Ausgrenzung und Integration kritisch auseinander und erörtern Empowerment-Ansätze zur Abwehr von unterschiedlichen Diskriminierungsformen.

ORIENTIERUNGSSUCHE IM SPANNUNGSFELD Islamismus, Islamfeindlichkeit und Demokratie

Termin auf Anfrage, **ARBEIT UND LEBEN Hamburg**

Was hat Islam mit Islamismus zu tun und was bedeuten diese Begriffe überhaupt? Weltweit gibt es etwa 1,5 Milliarden Muslime, wovon vier Millionen Muslime in Deutschland leben. Ist der Islam ein Teil von Deutschland und mit den demokratischen Werten vereinbar oder ein Feindbild, dass unter der Herrschaft der Scharia steht? Was ist die Scharia? In

diesem Seminar beschäftigen wir uns mit dem Thema Islam, abseits von Medienhetze und Halbwissen. Mit der Vermittlung von Grundlagen wird eine Basis für Begegnung und Dialog geschaffen, um die sich gegenseitig bedingenden Phänomene von Islamfeindlichkeit und religiös begründetem Extremismus kritisch zu hinterfragen.

MITEINANDER – GEGENEINANDER Mitmachen-mitbewegen-mitgestalten

Termin auf Anfrage, **ARBEIT UND LEBEN** Mecklenburg-Vorpommern

Jugendliche stehen im 21. Jahrhundert gesellschaftlichen Herausforderungen gegenüber, von denen sie sozial, politisch und ökonomisch beeinflusst werden. Ein Bündel von Möglichkeiten eröffnet ihnen Chancen und Risiken, bergen Konflikte und Reaktionsräume. Drängende Fragen wie kann ich Interessen (meine, gemeinsame) erkennen, wahrnehmen und gestalten stellen sich immer wieder neu – individuell, familiär und gesellschaftlich.

Das Seminar möchte anregen, diese Partizipationsräume auszuloten und zu diskutieren. Hoffnungen und Ängste können verglichen und gemeinsame Strategien entwickelt werden. Konflikte müssen ausgehalten und friedlich gelöst werden, um somit Unterschiede und Gemeinsamkeiten auszuloten. Teilhabe entsteht dann aus diesen Gegensätzen und Kompromissfähigkeit kann geübt werden.

In der Auseinandersetzung mit sich und den weiteren Jugendlichen können Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet werden, die gemeinschaftliches Engagement/gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen können.

BUNT IST MEINE LIEBLINGSFARBE. Migration und Integration in Deutschland

Termin auf Anfrage, **ARBEIT UND LEBEN** Saarland

Deutschland ist nicht erst seit neustem ein Einwanderungsland. Blickt man zurück, so gab es auf dem heutigen deutschen Gebiet immer schon Phasen der Wanderung. Push und Pull- Faktoren wechselten sich ab und ließen schließlich

das Deutschland entstehen, in dem wir leben. Wie ist eigentlich unsere eigene Migrationsgeschichte? Wie begegnen wir Migranten heute? Und was verstehen und wünschen wir uns von Integration? Diesen und vielen anderen Fragen, möchten wir im Laufe des Seminars auf den Grund gehen.

DER EWIGE SÜNDEBOCK – Ein Seminartag zu Antisemitismus, Nahostkonflikt und Verschwörungstheorien

Termin auf Anfrage, **ARBEIT UND LEBEN** Sachsen

Antisemitischen Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte, Synagogen und nicht zuletzt Menschen sowie teils offen antisemitische Demonstrationen, zu denen es im Sommer 2014 in Europa vielerorts kam, zeigten auf drastische Weise, dass die moderne Judenfeindschaft ein zentrales gesellschaft-

liches Problem darstellt. Mit diesem Projekttag bieten wir Aufklärung über Antisemitismus an und zeigen auf, warum er so gefährlich ist und was der oder die Einzelne dagegen unternehmen kann. Darüber hinaus sollen antisemitische Denkmuster in Frage gestellt und gleichzeitig alternative Sichtweisen erarbeitet bzw. zur Verfügung gestellt werden.

„Die politische Bildung wird sich der Herausforderung des Themas Flüchtlinge und Asylsuchende stellen und sich vor allem für die soziale und politische Integration der Zugewanderten engagieren.“



GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG DES BAP E.V. Bundesgeschäftsführerin von ARBEIT UND LEBEN Barbara Menke zur Vorsitzenden gewählt

Nach langen Jahren der Zusammenarbeit als Netzwerk von Dachverbänden und bundesweit tätigen Organisationen wurde bei der Gründungsversammlung am 10. November 2015 in Berlin die Konstituierung des **Bundesausschusses Politische Bildung** als eingetragener Verein beschlossen.

Mit großer Mehrheit wurde Barbara Menke, Bundesgeschäftsführerin von ARBEIT UND LEBEN, zur Vorsitzenden des bap e.V. gewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist Hanns Christhard Eichhorst, Vorsitzender der Gesellschaft der Europäischen Akademien. Melanie Ebell (Deutscher Bundesjugendring), Lothar Harles (Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke) und Dr. Klaus Holz (Evangelische Akademien in Deutschland) gehören dem neuen Vorstand als Beisitzer an.

„Wichtigste Aufgabe des Vorstands ist es, die Relevanz politischer Bildung für eine demokratische Gesellschaft sichtbar zu machen und zur Professionalisierung des Handlungsfelds beizutragen. Dabei geht es auch darum für eine angemessene öffentliche Förderung politischer Bildung einzutreten“, so Barbara Menke. Angesichts der aktuellen Situation betonte sie: „Die politische Bildung wird sich der Herausforderung des Themas Flüchtlinge und Asylsuchende stellen und sich vor allem für die soziale und politische Integration der Zugewanderten engagieren.“

BAP E.V. VERÖFFENTLICHT STELLUNGNAHME ZUM THEMENKOMPLEX Asylsuchende, Flüchtlinge, Zugewanderte

Asylsuchende und Zugewanderte in eine demokratische Gesellschaft der Vielfalt integrieren

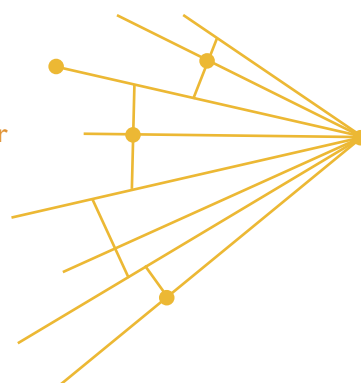
Im Oktober veröffentlichte der **Bundesausschuss Politische Bildung** (bap) eine gemeinsame Stellungnahme, in der er insbesondere die Aufgaben der Politischen Bildung im Hinblick auf die Integration von Asylsuchenden, Flüchtlingen und Zugewanderten in den Mittelpunkt stellt. „Migration und die Flüchtlingsbewegungen (als erzwungene Migration) verstehen wir als Zeichen von Prozessen der Globalisierung und

als ein zentrales Element gesellschaftlichen und kulturellen Wandels. In diesem Bewusstsein werden sich die Einrichtungen und Organisationen der politischen Bildung für die Bewältigung der aktuellen Probleme engagieren“ heißt es in der Stellungnahme.

Weitere Informationen sowie den gesamten Text erhalten Sie unter

www.bap-politischebildung.de/stellungnahme-des-bap-zum-themenkomplex-asylsuchende-fluechtlinge-zugewanderte/

„Migration und die Flüchtlingsbewegungen verstehen wir als Zeichen von Prozessen der Globalisierung und als ein zentrales Element gesellschaftlichen und kulturellen Wandels“



Impressum:

Bundesarbeitskreis
ARBEIT UND LEBEN e.V. DGB/VHS
Robertstr. 5a
42107 Wuppertal
Tel.: 0202 97 404-0
Fax.: 0202 97 404-20

bildung@arbeitundleben.de
www.arbeitundleben.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Barbara Menke, Bundesgeschäftsführerin ARBEIT UND LEBEN

Redaktion: Dr. Victoria Schnier

Gestaltung: Horst F. Neumann | Kommunikationsdesign

Bildnachweise: Seite 1: Fotolia
Seite 8: Zentrum Demokratische Bildung
Seiten 9 und 10: ARBEIT UND LEBEN Nordrhein-Westfalen

Wuppertal, November 2015